

erein.
Mai
mmlung.
er werden ge-
Eingänge vor-
ung
fessenen
Friedhof.

so wie Guf-
St., unter
amerikanische
abeln mit und
Brings,
Neuß.

ner so sehr ge-
en Schinten,
und haltbarste
en sogenannten
nicht verwechselt
Güte und Ge-
hebe ich dem
in Neuß
gefl. Aufträge
selben gelangen

1876.
Braun.
frage
Artikels in der
102

ordnung.
s den Brunnen,
Hofe zwischen
zum genießen

Ein Pferd
uchstute) ist
entlaufen.
Ausstellungs-
häft Verlobung,
r Anlauf wird
warnt.
einen, Windorf

nsamen
lanter und
Provencer- und
abl. Luzerner,
Sautlupinen,
eingeführte
Saattartoffeln

Weyers,
Dormagen.

den 8. Mai.
religiösen Dra-
fo beliebt ge-
Card. Wif-
us oder „Der
in“. Der reich-
ie edle Sprache
ehend und be-
uhörer mit Ge-
halb auch über-
Beifall findet.
mer Hülfsraths
werden nun hier-
n gemacht, daß
Sonntag den
es des Gasthau-
st in alter-
ümierung ge-
höhere über die
wird in der
er Zeitung mit-
nahme zu einem
nimmt ist, so
ein zahlreiches

aaaren-Geschaft
gehülftin
vollen sich mel-
erfahren und
Thätigkeit gute
men.
rden a. d. R.

einergeselle
ftigung.

schweigen 17 40
r 50 Alfo 5.60

Nr. 105.

Donnerstag, 11. Mai (Beatrix)

1876

Neuß-Grevenbroicher Zeitung.

Erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.
Preis pro Quartal: in Neuß in's Haus gebracht und aus-
wärts an der Post abgeholt 1 Mark 75 Pf. = 17 1/2 Sgr.

Verantwortlicher Redacteur: St. Kourer in Neuß.
Druck und Verlag der Gesellschaft für Buchdruckerei zu Neuß, P. W. Schmitz.
Expedition: Neuß, Markt A Nr. 91.

Inserate für die nächstfolgende Nummer werden bis 7 Uhr
am Vorabend erbeten; Preis für die 6-spaltige Zeile oder
deren Raum 15 Pf. = 1 1/2 Sgr.

0 Die zukünftigen Stadtverordneten-Wahlen.

Der Regierungsentwurf der neuen Städteordnung bestimmt, daß jeder männliche Gemeinde-Angehörige Wähler wird, wenn er Deutscher und unbescholten ist,

24 Jahre zählt, seit einem Jahre in der Gemeinde wohnt, und endlich entweder ein Haus besitzt oder wenigstens zu 6 Mark Klassensteuer ei

Geht eine zweite Kategorie von Wählern bilden diejenigen Leute, welche, ohne in der Gemeinde zu wohnen, jedoch an direkten Communal-Verträgen entrichten, wie ein Wähler der ersten Wählerklasse.

Eine dritte Sorte bilden juristische Personen, Aktiengesellschaften u. s. w.

Die Motive bemerken dazu:

„Es wird nach wie vor als eine Forderung der Billigkeit anguerkennet sein, daß Personen, welche in hervorragender Weise zu den Gemeinbedürfnissen beisteuern, von einer Mitwirkung bei den Angelegenheiten der Gemeindeverwaltung nicht lediglich deshalb vollständig ausgeschlossen werden, weil sie ihr Domizil nicht im Stadtbezirk, sondern vielleicht unmittelbar an der Grenze des letzteren in einer Nachbargemeinde aufgeschlagen haben. Gleiche Billigkeitsgründe sprechen für die juristischen Personen, Aktiengesellschaften u. s. w., in deren Beisteuern so mancher Gemeindegeldhaushalt seine wesentlichste Stütze zu erblicken hat.“

Dieser Grund kann mit vollständig gleichem Rechte auf Wittwen angewendet werden, wenn in deren Beisteuern so mancher Gemeindegeldhaushalt seine wesentlichste Stütze zu erblicken hat. Ferner, was den fremden Herren erster Klasse als eine „Forderung der Billigkeit“ zuerkannt wird, warum dies nicht auch Personen vom Geldbrange der Wähler weiter oder dritter Klasse? — Die sonderbare Berechtigung der Fremden, mitzuwählen, zu einem Sonderrechte der Großen machen, ist erst recht unbegreiflich. Ein Vergleich der Aktiengesellschaft mit einem anständigen Bürger in Bezug auf das Wählen wird das schreiende Mißverhältnis am besten klar legen.

Während der Bürger offen und frei selbst auftritt, läßt sich die Aktiengesellschaft vertreten; ist der Bürger verhindert, so vertritt er sein Stimmrecht, er kann Niemand an seiner Stelle schicken. Die Aktiengesellschaft wird schlüssigstfalls noch einen „männlichen“ Dienstmann finden, der die bürgerlichen Ehrenrechte besitzt und 24 Jahre alter Angehöriger des deutschen Reiches ist, und kann durch einen solchen deutschen Mann den Wahlzettel zur Urne tragen lassen. Wer bei dieser Manipulation eigentlich der Wähler d. h. derjenige ist, der zwischen den vorgeschlagenen Candidaten unterscheidet, liegt ganz in der Willkür der Gesellschaft; sie kann zu dem Ende eine Generalversammlung ihrer Beihilgten berufen.

In einer solchen Generalversammlung liegt möglicherweise der maßgebende Einfluß bei einer Person außerhalb der Gemeinde, so daß von einem eigenen Urtheil keine Rede sein wird; so es kann in der Folge recht wohl eine stattliche Anzahl von Stadtverordneten geben, die ihre Wahl einem Ausländer, gar einem von Deutschen erfüllten Franzosen oder Engländer verdanken.

Es fragt sich weiter: ist der maßgebende Aktienbesitzer oder Aufsichtsrath unbescholten oder hatte sich derselbe vielleicht zu weit unter die „Gründer“ gewagt und hat demnach einen unfreiwilligen Aufenthalt im Zuchthause zu nehmen, sitzt gar vielleicht schon drin und läßt sich behufs Weltendmachung seines Einflusses in den Stadtrathswahlen von seinem ersten Buchhalter vertreten?

Der maßgebende Einfluß in unsern Gesellschaften wird sodann vielfach von den Herren Söhnen der großen Finanzleute geübt, von jungen Bürgern, von denen man freilich sagt, daß sie alle Weisheit mit in die Welt gebracht haben. Zimmerlin kann in Zukunft selbst von Minderjährigen die Stadtrathswahl erster Klasse entschieden werden.

Endlich kommt es gar nicht drauf an, wie lange eine dominierende Finanzgröße ihre Anteile an der Gesellschaft besitzt; heute haben eine Anzahl Leute in ihrem Sinne wählen lassen, die vielleicht erst gestern Antheil am Wahlrecht erworben und schon morgen ihren Besitz wieder ändern. Mit andern Worten, die „Börse“ in Berlin kann in communalen Angelegenheiten westdeutscher Städte mitreden.

Alle diese Umstände würden am gründlichsten beseitigt sein, wenn in Zukunft gleich in's Statut der Aktiengesellschaften eine Bestimmung aufgenommen würde, daß man auf alle Fälle im Sinne dieser oder jener Partei wählen wird. Man hätte dann „liberale“, „sociale“, „conservative“, „nationale“ Aktien-Gesellschaften, oder solche, die auf den Namen Bismarck wählen.

Indes der allergrößte Fehler besteht darin, daß wir sogar in derselben Stadt Wähler mit mehreren Stimmen haben können und werden; verwandelt der gewöhnliche Kaufmann seine Firma in eine Aktiengesellschaft, ohne daß er Aktien an andere Leute abgibt, oder so daß nur wenige Aktien in fremde Hände kommen, — solche Beispiele kennt das „Gründer“-Zeitalter, — und jener Kaufmann hat entweder 2 Stimmen in derselben Wählerklasse oder auch je eine in 2 verschiedenen Klassen.

Die Uncorrectheit der Zulassung juristischer Personen u. dergl. wird sofort klar, wenn man bedenkt, daß diese Institute fast immer in ihrem Zwecke ganz eng begrenzt sind und manchmal am Gemeinde-Leben nur grade so einseitig Theil nehmen und an dasselbe vielleicht nicht größere Ansprüche erheben, als eine Leiche, die nur das eine von der Gemeinde verlangt, für ihr Geld ehrlich begraben zu werden und in geweihter Erde Jahrzehnte lang ruhen zu können.

Die Uncorrectheit des § 25 nimmt aber, wie die Motive nachweisen, ihren Grund in der übertriebenen Wichtigkeit, welche den Steuerbeiträgen zugemessen wird; diese Uebertreibung ist bei Vielen veranlaßt durch die vergebliche Hoffnung, in protestantischen Städten die Socialdemokraten, in katholischen die Ultramontanen einflußlos zu machen, indem man unbemittelte Bürger von der Wahl ausschließt. Die Furcht vor den Socialdemokraten und den „bösen“ Ultramontanen brachte auf dem Bürgermeistertage zu Köln die nicht große Majorität von 45 Städten zusammen, welche das Dreiklassen-System und den Census von 18 Mark wollen, gegen 34 Städte, welche bei 6—12 Mark Census für das allgemeine Stimmrecht sich aussprachen. — Führen wir die Bedeutung der Steuern auf ihr richtiges Maß zurück.

Wenn man Bürger von der Wahl ganz ausschließen will, weil sie nur wenige Steuern zahlen, so ist dies offenbar ungleich härter, als wenn man dem reichen Manne nur dasselbe Stimmrecht bewilligt wie seinem Nachbarn aus dem Mittelstande. Die Commission des Abgeordnetenhauses hat darum darin vollkommen Recht, daß sie im Falle der Bevorzugung der Wohlhabenden durch das Dreiklassensystem den Census niedriger greift, der noch zur Wahl berechtigt. Aber der Census sollte auch niedrig gegriffen sein im Falle der allgemeinen Wahl, wenigstens fordert es die Gerechtigkeit, daß wer zählt auch mit zählt, und wo durch Ortsstatut irgendwo ein höherer Steuerfuß zur Wahlfähigkeit gefordert wird, da sollten die des Steuerfußes wegen von der Wahl ausgeschlossen werden. — Indessen darf auch dieser Vorschlag nicht so weit mißbraucht werden, daß man Steuern erläßt, um Wähler zu beseitigen, und es würde in der That verwerflich für den Gemeinwohl werden, wollte man wirklich beitragsfähige Bürger in solche Ausnahmestellung bringen. Vorausgesetzt, daß von der Spitze der Gemeinde verständig und haushälterisch mit dem Gelde der Gemeinde umgegangen wird, gewinnt der Gemeinwohl in Folge der Opfer, die der Bürger für vernünftige Ausgaben gerne bringt, und die Herren Stadtverordneten zu Varmen sollten es sich sagen lassen, daß in Varmen um so mehr Socialdemokraten dem Gemeindegeldes gefährlich sein werden, als sich daselbst nicht-wahlfähige Personen aufhalten.

Das Dreiklassensystem ist von Freund und Feind verurtheilt; „es hat sich bewährt“, das ist die Phrase, mit der jetzt von unsern Nationalliberalen das Produkt des Nationalen Nationalen Nationalen empfohlen wird, d. h. wir sind Kinder dieses Systems und wir werden mit dem Wegfall desselben die Herrschaft. An das Dreiklassensystem klammern sich auch manche Ultramontane, ebenfalls aus Nützlichkeitssrücksichten und aus Furcht vor den Reichen. Diese Furcht ist falsch. Seht man, wie gesagt worden ist, einen Reichen auf den Bürgermeistertag, so wird daraus ein gehorsamer Diener der Regierung. Nebenbei laßt auch der Sitz im Stadtverordnetencollegium aus, und es würde zur Verstärkung der Demokratie keine wirksamere Mittel geben, als gerade ihre Verheiligung an der Verwaltung der öffentlichen Gemeindegeldangelegenheiten. Das Dreiklassen-System dagegen mitemamt den Motiven, auf welche dasselbe oder ein Surrogat desselben gestützt wird, gaben der Unzufriedenheit der Besitzlosen reichliche Nahrung. Mit einigem Recht sogar beschwert sich selbst der Nichtbesessene über Auschluss, da die Stadtverordnetenversammlung auch über Angelegenheiten verfährt, bei welchen der Beutel gar nicht, wohl aber in hohem Grade vorzugsweise das Interesse der Geringeren in Betracht kommt.

Die Surrogate des Dreiklassen-Systems resp. die Verbesserungen, mit denen man die schreiersten Härten verdeckt, vermögen dennoch nicht die Ungerechtigkeit desselben ganz aufzuheben. Der vom Bürgermeistertage zu Köln gefasste Beschluß, wonach in jeder Klasse wenigstens drei Mal soviel Wähler als zu Wählende vorhanden sein sollen, hat höchstens auf die erste Wählerklasse verbessernden Einfluß: Knapp nennt darnach nicht mehr, sondern er wählt im Vereine mit wenigen andern Reichen Industriellen, Essen macht eben einen Fortschritt ungefähr bis zu dem Punkte, auf welchem die meisten andern Städte bisher stehen. In dieser Richtung weitergehend und auch für die zweite Klasse wirksam ist der Vorschlag des Stadtverordneten-Vorherr's Rechtsanwalts Forstmann aus Bielefeld: die erste Klasse soll aus einem, die zweite aus zwei und die dritte aus drei Sechsteln der Wahlberechtigten bestehen. Dieser Vorschlag erlangte auf dem westfälischen Städtetage die Mehrheit der Antragsteller. Forstmann selbst ist seinerseits Anhänger des allgemeinen Stimmrechts und betrachtet seinen eigenen Antrag als ein wenig schädliches Uebel. Auch dieser Vorschlag trankt daran, daß er eine bloß willkürliche Eintheilung der Wähler bringt, und auch nach diesem Vorschlage fällt die Einteilung nicht fort, daß gleich besteuerte Wähler, deren Name mit A anfängt, zur höheren Klasse, dagegen wenn der Anfangs-

buchstabe B heißt, zur folgenden Klasse gehören. Man könnte freilich ergänzend verbessern, daß Wähler mit demselben Steuerfusse zu derselben und zwar zur höchsten Klasse gehören müssen.

Auf alle Fälle bleibt das Dreiklassen-System nur eine Nützlichkeitseintheilung, der sogar die Folgerichtigkeit abgeht; auf einem soliden praktischen Grunde ruht es nicht, und es fragt sich, ob es denn eine Nothwendigkeit ist. Jeder, dem es nicht um die eigene Parteiherrschaft geht, wird einräumen, daß in normalen Zeiten keine Spur von Nothwendigkeit vorliegt, da ohnehin der Einfluß der Vermögenden weit aus überwiegt und fast alle Stadtrathsführer der begüterten Klasse zuzahlen. Ja, es ist in vielen Städten soweit gekommen, daß kaum noch der eine oder andere mittlere Bürger Stadtrath wird. Obgleich seit Jahren das katholische Wahlcollegium zu Neuß für die Vertretung aller Stände eintritt und darum insbesondere der dritten Wählerabtheilung Handwerker, Kleinhändler u. s. w. in Vorschlag gebracht hat, fanden sich jüngst im Collegium nicht einmal zwei Klassensteuerzahler, welche zur Bildung einer Steuereinschätzungs-Commission nothwendig waren; classifizierte Einkommensteuer zahlten 17 von 18. — In ruhigen Zeiten hat sich also das Dreiklassen-System nicht bewährt, indem es nur zu leicht zur Oligarchenwirtschaft führt und damit den Gemeinwohl in allen Schichten der Bevölkerung, namentlich in den unteren, tödtet muß. Da man aber die Gesetze vor Allem für die regelmäßigen Verhältnisse macht und nicht für kurze Perioden unruhiger Strömungen, so ziehen wir sogar das allgemeine, freie Wahlrecht entschieden vor, selbst auf die Gefahr hin, daß neben unseren Industriergößen auch der eine oder andere ganz mittellose Bürger im Rathe sitzt. Ja, wir wünschen dies als ein durchaus nothwendiges Gegengewicht zu der jetzt überwuchernden Antilhe und Credit-Wirtschaft in den Haushalten namentlich unserer Großstädte. Der kleine Bürger würde unsere flotten „Liberalen“ verständige Spar-samkeit und Gewissenhaftigkeit in kleinen Dingen lehren können, während er seinerseits die Kenntniß weittragender Verhältnisse nach Hause mitnimmt und seinen Genossen vermittelt.

Es bleibt nun noch übrig, den Schein von Berechtigung etwas näher ins Auge zu fassen, wonach demjenigen Bürger, der mehr Steuern zahlen muß, „auch mehr Einfluß von Rechtswegen zukommt.“

Wenn die Steuern richtig vertheilt sind, so werden auf Denjenigen, welcher mehr Ansprüche an den Staat macht, mehr Steuern von seinen Einrichtungen hat, auch mehr Abgaben fallen. Wer viel besitzt, verlangt viel Rechtsschutz für sein Eigentum; wer an der Straße wohnt, muß die Rinnne bezahlen; nicht wer selber darbt, sondern wer Ueberflüsse hat, soll den Armen geben. Vor Allem aber kommen sämtliche Einrichtungen des Staates vorzugsweise den Vornehmern zu Gute. Wer benutzt das Banknotenprivilegium, die Münze, die Eisenbahn? Durch eine arme Gegend legt man keine Schienen. Der Fuhrmann fährt auf guter Straße für billigen Frachtpreis, soll drum der Fuhrmann die Straße bauen oder der Kaufmann als Empfänger des Frachtpreises? Selbst der Unterricht, wenn er gut geleitet ist, kommt ebensowohl dem Sohne des Arbeiters als auch dem zukünftigen Brodherrn des Schülers zu Gute.

Man sollte denken, den Steuern im wohlgeordneten Staates weichen Nutzen gegenüber, die vollständig ausgleichend wirken sollten; und wenn es dem Besessenden nicht von selbst gelingt, mit Hilfe seiner Macht aus dem Besitze entsprechenden Einfluß zu erlangen, so verdient er den Einfluß auch nicht.

Die Staatsregierung spricht nicht einmal von einer „Forderung der Gerechtigkeit“, sie appellirt nur an die „Billigkeit.“ Es sei billig, daß demjenigen, den große Ausgaben seitens der Gemeinde groß interessieren, auch größerer Einfluß zustehe. Da fragt es sich denn, wie viel ist denn der Einfluß der Stadtverordneten in der Richtung der Communalsteuerermäßigung werth? Sieht man einen städtischen Etat durch, so findet man kaum Aufgabeposten, welche sich ermäßigen oder gar in Wegfall bringen ließen, wenn man nicht von den Prinzipien abgeht, auf denen ihre Bewilligung beruht. Thatsächlich sind alle, ja alle Budgets in der Periode des Dreiklassen-Systems richtig angeschwollen, weil es zugleich eine Periode „liberalen“ Großthuns war. Von dem Rausche des Großwahnens müssen wir erwachen, dann kann man sparen. Bleiben wir aber beim „liberalen“ System, machen wir insbesondere weiter auf der Bahn des „Culturkampfes“, so werden unsere Ausgaben weiter wachsen, gleichviel ob reiche Leute oder Mittelbürger die Stadt vertreten, und die Frage nach guten Stadtverordneten ist folglich nur im allerletzten Stadium eine Geld- resp. Klassen-Frage.

Deutschland.

NPC. Berlin, 9. Mai. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses erklärte der Minister des Innern die vom Abgeordneten Dr. Franz eingebrachte Anfrage in Betreff der Durchsuchung der Wohnung des Erzpriebers und der katholischen Kirche zu Ohlau noch nicht beantwortet zu können, da der hierüber erstattete amtliche Bericht erst vor wenigen Augenblicken eingegangen sei. Demgemäß wurde

dieser Gegenstand bis zur nächsten Sitzung zurückgestellt und demnachst auf Vaters Antrag das Anstufungsgesetz nach längerer Besprechung von der Tagesordnung abgesetzt.

Alsdann leitete Abgeordneter Dr. v. Gerlach die dritte Beratung des Gesetz-Entwurfs über die evangelische Kirchenverfassung mit einem Vortrage von mehr als einstündiger Dauer ein, während welcher Zeit sich der Saal bis auf die Mitglieder des Centrums fast gänzlich leerte. Die zurückgebliebenen Abgeordneten scharten sich dicht um die Redner-Tribüne, um dem alten Volksvertreter, dessen Organ sehr schwach geworden ist, ein Verständnis abzugewinnen zu können. Der hochbetagte Streiter für „König und Vaterland“, der im Eifer für seine Sache ein Glas mit Wasser von der Tribüne hinunterschlug, nannte seine Rede selbst einen Schwanengesang und bat in sehr bewegten Worten um Ablehnung der Vorlage, da eine Kirchenverfassung ohne grundlegendes Glaubensbekenntnis undenkbar sei. Ueberdies befand sich die evangelische Kirche heute in einem so trüben Zustande, daß diese Zeit für die Herstellung von Synoden nicht geeignet sei.

Außerdem gab Abgeordneter Bruel sein Glaubensbekenntnis mit einer Wärme ab, welche auch auf die liberale Seite des Hauses einen gewissen Eindruck übte, was allerdings bei der scharf hervorgetretenen Theilnahmslosigkeit dieser Partei an kirchlichen Dingen viel besagen will.

Im Namen der Neuconservativen gab Abgeordneter von Bismarck (Platow) die Erklärung ab, daß er und seine Freunde der Vorlage aus dem Grunde zustimmen würden, weil etwas geschehen müsse, um das Interesse der Bevölkerung für die kirchlichen Angelegenheiten zu beleben. Weitere bemerkenswerthe Momente bot die mit ungewöhnlicher Hast und bei auffallend leeren Plätzen geführte Debatte nicht dar, außer, daß von den der Regierung verbleibenden Rechten die Mitwirkung bei der Einführung oder Abschaffung kirchlicher Feiertage verweigert und ebenso den kirchlichen Organen die Mitwirkung bei Anstellung der Professoren an den evangelisch-theologischen Facultäten und der Directoren der Lehrerseminare.

Der Versuch des Abg. Behrenspennig, im Einverständnis mit der Regierung eine Bestimmung in den Gesetz-Entwurf einzufügen, wonach von Staatswegen den Gemeinden eine Erhöhung der Pfarrgehälter auferlegt werden kann, wurde von seinem Parteigenossen Miquel mit so glänzendem Erfolge bekämpft, daß für den Antrag kaum ein Duzend Abgeordnete sich erhob.

Schließlich wurde der Gesetz-Entwurf in namentlicher Abstimmung mit 211 gegen 141 Stimmen angenommen. Der altkatholische Abg. Dr. Petri und Frhr. v. Mantouffil enthielten sich der Abstimmung. Die Minderheit wurde gebildet von dem Centrum, den Polen und der Fortschrittspartei.

Nächste Sitzung: Donnerstag 10 Uhr. L.-D.: Interpellation des Abg. v. Heeremann betr. die Schließung von Kirchen, die Eisenbahn-Vorlage Fehrer-Geide und die zweite Beratung über das Gesetz, betr. die Vermögensverwaltung in den kathol. Diöcesen.

Berlin, 8. Mai. Der „Reichs-Anzeiger“ publicirt eine kaiserliche Verordnung, durch welche der eisenbahnbrückige Landes-Ausfluß auf den 17. d. Mts. nach Straßburg einberufen wird.

Der „Reichs-Anzeiger“ bestätigt, daß die „Medusa“ Befehl erhalten hat, sofort von Messina nach Solinichi abzugehen, und fügt hinzu, daß gleichzeitig auch die russische und die österreichische Kriegsflotte daselbst betreten sein werden, indem von Petersburg und Wien Weisung erteilt ist, daß sofort Kriegsschiffe dieser Mächte nach Salonichi abgehen sollen.

Das Ernennungsdecret Hofmann's liegt dem Kaiser zur Genehmigung vor. Die Umformung des Reichskanzleramts ist bis zum Herbst vertagt worden.

Ueber Beamten sollen nach einer neuen Verordnung die Briefe auf ihrem Tische so hinlegen, daß das Publikum vom Schalter aus die Aufschriften nicht lesen kann, damit dies sich überzeuge, daß die Postverwaltung das Möglichste thut, um die Correspondenz geheim zu halten. — Diese Verordnung veranlaßt die „D. Z.“ zu dem Ausrufe: „O heiliger Stephan gib uns den frommen Kinderglauben an's Briefgeheimnis zurück!“

Die hiesige Volksztg. klagt heute: „Es ist ein recht trauriges Ergebnis, das wir durch die genaue Betrachtung der offiziellen Nachweisungen erhalten. Denn nicht nur nimmt die Zahl der gar nicht oder mangelhaft besetzten Lehrstellen fortwährend zu, sondern — was schlimmer ist — die Qualität der Lehrkräfte wird in rapid steigender Progreßion verschlechtert! Es vermehrt sich die Zahl der Schul- und halben Unterrichts, es vermehrt sich die Zahl der lehrenden Präparanden, es vermehrt sich die Zahl der für den Lehrberuf nicht befähigten Lehrerinnen.“

Die „deutsche Eisenbahnztg.“ schreibt: „Vom kranken Menschen. Nachrichten, welche aus den Kreisen der hiesigen Finanzwelt portirt werden, behaupten, daß die Delbrücker Krankheit eine ansteckende sei und bereits sich übertragen habe auf Camphausen, Udenbach und Jall. Das Reichsgesundheitsamt bekommt also Arbeit!“

Aus Schlesien, 6. Mai. Um in der durch den Tod des Pfarrers Riede verwaisten Pfarrei Groß-Tinz die Personifikation der fundierten Messen zu ermöglichen, hatte der dortige katholische Kirchenvorstand zur Vermeidung einer etwaigen späteren Rectification seitens der königlichen Regierung an den königlichen Regierungs-Präsidenten die Bitte gerichtet, zu gestatten, die fundierten Messen durch die benachbarten Geistlichen in deren Kirchen lesen zu lassen. Auf dieses Gesuch ist nun, wie der „Schles. Volksztg.“ berichtet wird, folgender Bescheid ergangen: „Breslau, den 14. April. Auf die Eingabe vom 26. v. M., betreffend die Personifikation der für die dortige Kirche gestifteten Fundations-Messen durch die benachbarten Geistlichen in deren Kirchen, erwidern wir dem Kirchenvorstand, daß, da nach dem Vorgetragenen es sich vorläufig um eine rein interne Angelegenheit handelt, wir keine Veranlassung haben, in derselben Entscheidung zu treffen. Graf Arnim.“

Auf Grund dieser Erklärung will nun der bezeichnete Kirchenvorstand Sorge tragen, daß der Wille der Fundatoren

erfüllt und die Foundationen nicht länger ihrer Bestimmung entzogen werden.

Köln, 10. Mai. Dem Vernehmen nach, schreibt die „R. W. Ztg.“, ist gegen den hochw. Herrn Erzbischof das Verfahren auf „Amtsentlassung“ eingeleitet worden.

München, 7. Mai. Wie dem „Bayer. Kurier“ mitgeteilt wird, wollen sich die Liberalen an der Majorität für die Kassierung der Münchener Wahlen damit rächen, daß sie das Zustandekommen des Wahlgesetzes nun um jeden Preis hindern werden. Das genannte Blatt knüpft an diese Mittheilung folgende Bemerkung: „Eine derartige Rache wäre um so jeltener, als ein neues Wahlgesetz nicht ein Bedürfnis unserer Partei, sondern des ganzen Landes, eine Förderung der Gerechtigkeit ist und als gerade durch ein solches Verhandlungen wie sie in den letzten zwei Tagen in unserm Abgeordnetenhaus gepflogen wurden und die für jeden Vaterlandsfreund peinlich sind, unmöglich gemacht würden. Sollte die Linke in der Aufregung des Augenblicks den oben erwähnten Entschluß wirklich gefaßt haben, so dürfte doch, meinen wir, ruhigere Ueberlegung von der Ausführung desselben abhalten.“

München, 8. Mai. In der heutigen Sitzung der sechsten Abtheilung der Abgeordnetenversammlung wurde bei Prüfung der Wahlen in Bannentland, wo die liberalen Abgeordneten Alvens, Louis, Theysen gewählt waren, einstimmig beschloffen, dem gegen diese Wahlen erhobenen Proteste nicht Folge zu geben, sondern dieselben für gültig zu erklären.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 9. Mai. Graf Andorffy ist heute Nachmittag 1 1/2 Uhr nach Berlin abgereist.

Aus Ragusa meldet die Agence Havas: Die österreichische Regierung verweigert den Flüchtlingen aus der Herzegowina die Geldunterstützungen. Die Gensdarmen der mehrere Hundert Flüchtlinge, die sich vor dem Regierungspalaste versammelt hatten und Brod verlangten, auseinander gejagt. Das russische Consulat, zu dem die Flüchtlinge ihre Zuflucht nahmen, hat sich um Weisungen nach Petersburg gewandt.

Holland.

Sittard (in Holland), 7. Mai. In den letzten Wochen haben Franciscaner, welche v. J. aus den Diöcesen Baderborn und Münster ausgewandert sind, sich in dem nahegelegenen Castell Watersley häuslich eingerichtet. Es werden dort, laut dem „Westf. Bl.“, residiren: der hochw. P. Gregorius Janknecht, der Provinzial des Ordens in der Provinz Sagonia; als Präses wird dem Hause Watersley vorstehen P. Menander Sipperich, letzthin Guardian im Kloster zu Warendorf, gebürtig aus dem Kreise Olpe. Außerdem wird dieses Kloster noch dem P. Antonius Pommer aus Baderborn, bisheran Sector im Kloster zu Wiedenbrück, und dem P. Vullus zum Aufenthalte in ihrem Exil dienen. — Wie verlautet, wird der P. Provinzial diesen Sommer die ihm unterliegenden Klöster in Nordamerika besuchen. Ein Haus in Belgien wird bald oder ist schon von Patres desselben Ordens bezogen.

Frankreich.

Paris, 7. Mai. Die commandirenden Generale in verschiedenen Militär-Divisionen beginnen die tragbaren Capellen, mit denen man die verschiedenen Corps der französischen Armee versehen hat, in Gebrauch zu nehmen. Der General de Gramont hat die feierliche mit großem Glanze einweihen lassen. Nicht nur die ganze Garnison von Lunville mußte dazu in großer Uniform erscheinen, sondern auch alle Beamten, die näher oder ferner von der Militärbehörde abhängig sind, waren dazu offiziell berufen.

Nicht einen Scandal in Verrieres gibt der „Milla-vaire“ (Mithau, Dep. Aveyron) nachstehende Einzelheiten: „M. Bourret, der auf seiner bischöflichen Rundreise nach diesem Dorf kam, um die Firmung vorzunehmen, war der Gegenstand einer feindseligen Kundgebung. Die Veranlassung dazu war die projectirte Verlegung des Begräbnisplatzes, ein Project, das der Bischof von der Kanzel verteidigte. Bei den ersten Worten, die er aussprach, wurde mit Drohungen und beleidigenden Worten geantwortet, und der Aufruhr dehnte sich aus der Kirche auf die Straße aus. Die feuerigen der Bande, Männer und Frauen, verbarbarisirten mit den Ueberbleibseln eines Triumphbogens die Kirchenthüre, den Eingang zum Begräbnisplatz und die Straße. Diese Hindernisse mußten erst wegeräumt werden, um es dem Prälaten möglich zu machen, in's Pfarrhaus zu gelangen. Der Bischof soll das Dorf mit dem Interdict belegt haben. Das Gericht hat eine Untersuchung eingeleitet und Verhaftungen wurden vorgenommen.“

Paris, 8. Mai. Gestern Mittag begab sich Marschall Mac Mahon in die Kathedrale von Orleans, wo er von Bischof Dupanloup mit einer kurzen Anrede begrüßt wurde. Nachmittags besuchte er das Hospital und die Artillerie-Verstärkungen, dirigte bei General Bataille und fuhr mit dem Nachzuge nach Paris zurück.

Der Minister des Innern, Ricard, hat dem Gesamtmünisterium vorgeschlagen, sofort alle Maîtres abzusetzen, welche nicht dem Gemeinderathe angehören. Die übrigen Minister haben natürlich sofort zugestimmt, und es sind demnach entsprechende Weisungen an die Präfecten ergangen. Durch diese Maßregel will man es verhindern, daß jeden Tag eine Anzahl Maîtres, welche sich in dem gedachten Falle befinden, ihren Rücktritt in mehr oder weniger angenehmer Form anzeigen.

Paris, 9. Mai. Im Budgetausschuß hat Decazes sich gegen den Antrag Laroche's, die Volksschaft beim Vatican aufzuheben, erklärt. Der Antrag wurde mit 17 gegen 8 Stimmen abgelehnt und darauf vom Antragsteller auch für die Kammer zurückgezogen.

Italien.

Rom, 6. Mai. Nach dem Besuche, welchen die königlichen Majestäten von Griechenland und das kaiserliche Paar dem hl. Vater abtasteten, entsandte dieser den Cardinal Franchi zum Gegenbesuche. In der Unterhaltung des

Königs Georgios von Griechenland mit dem Cardinal kam natürlich die Rede auf die schon lange zwischen der griechischen Regierung und dem Vatican schwebenden Unterhandlungen wegen der Ernennung eines römisch-katholischen Erzbischofs von Athen, welcher von dem Ministerium bisher Schwierigkeiten gemacht wurden. Se. Majestät gab nun dem im Namen des Papstes erschienenen Cardinale die Versicherung, daß die bestehende Differenz binnen Kurzem in freundschaftlicher Weise solle beseitigt werden.

Rom, 6. Mai. Gestern empfing der h. Vater 1500 französische Pilger. Graf Damas verlas eine Adresse, in welcher er dem tiefen Schmerz über die gegenwärtige Bedrängnis der Kirche und der Bewunderung für die Standhaftigkeit des Papstes Ausdruck verlieh. In seiner Antwort sprach Pius IX. von dem Sturm, der jetzt die Gesellschaft bewege. Auch jetzt zeige Frankreich die Größe seiner Frömmigkeit und Liebe. Alle Tugenden habe Frömmigkeit und Neue zur Grundlage, und Frankreich gebe durch seine Pilgerfahrten von beiden leuchtende Beweise. Weiter sprach er von den zahlreichen Liebeswerken unserer Zeit, dankte Gott für die derselben verliehenen Gnaden und flehte ihn an, den Gläubigen die nötige Standhaftigkeit zu verleihen, um auszuhalten, bis die Prüfungen zu Ende sind.

Rom, 8. Mai. Am 21. Juni wird der hl. Vater den Pilgerzug der Deutschen unter Leitung des Fürsten Löwenstein und des Frhrn. Felix v. Los empfangen. — Cardinal Staatssecretär Antonelli befindet sich wieder besser.

Spanien.

Madrid, 8. Mai. Da die Conferenz des Ministerpräsidenten Canovas mit den baskischen Delegirten bezüglich der Fuzeros am 5. d. kein Resultat ergeben hat, wird eine neue Besprechung stattfinden, voraussichtlich mit gleichem Erfolg. — Der König hat dem Prinzen von Wales und dem Prinzen Arthur das Großkreuz des Ordens Karls III. verliehen. — Nach einer Mittheilung der „Politica“ würde Königin Isabella ihren Aufenthalt in Sevilla nehmen.

Türkei.

Wie die „N. f. T.“ schreibt, macht ein höchst eigenthümliches Gerücht seit einigen Tagen die Runde in der Türkei, nämlich das plötzliche Verschwinden des ältesten Sohnes des Sultans Abdul-Medschid, welcher nach dem ottomanischen Gesetz der Erbe des Thrones sein würde. Man schreibt dasselbe einer Furcht zu, welche durch die schlechte Behandlung seitens des Sultans und durch die Furcht vor Vergiftung veranlaßt wurde.

In den griechischen Vilajets Kars und Erzerum hat die mohamedanische Bevölkerung den Anordnungen der Regierung offenen Widerstand entgegengesetzt. Sie verweigert die Steuern und stellt sich nicht zum Kriegsdienste. Das Ansehen von Executionstruppen hat sie noch widerpäntiger gemacht. Viele Kaimakams sind vertrieben worden und der Geist der Unbotmäßigkeit greift immer weiter um sich.

Der „Times“ wird aus Athen, 9. Mai, telegraphirt: Die aufständische Bewegung in Bulgarien hat bis zum Rhodopegebirge Desphoto Dagg hin um sich gegriffen und nimmt eine immer ernstere Gestalt an; die Pforte sendet, was an Truppen disponibel ist, mittels der Eisenbahn nach Adrianopol.

Rede des Abg. Freiherrn v. Schorlemer-Mast in der Debatte über das Eisenbahngesetz am 29. April

Schluss.

Ich verkenne nun nicht, daß die Vorlage auch eine eminent politische Seite hat, das ist schon von dem Herrn Abgeordneten Richter und von anderer Seite betont worden. Ich will mich daher auf ein paar kurze Bemerkungen beschränken. Ich habe schon ausgeführt, daß, wenn überhaupt, der vorliegende Plan nur dann Sinn habe, wenn alle Eisenbahnen für das Reich erworben werden. Nun schallt Ihnen doch schon aus den Volksvertretungen der Bundesstaaten, aus den Organen der Regierungen der Bundesstaaten überall der Widerstand und Widerspruch entgegen, weil alle diese fühlen, daß es sich hier um einen Schlag handelt auf den letzten Rest ihrer Souveränität. (Widerpruch.) Es haben uns in der ersten Lesung der Herr Abgeordnete Vastor und der Herr Ministerpräsident Fürst Bismarck gesagt, es ständen nun einmal Artikel in der Reichsverfassung, und die dürften nicht bloß geschriebene Artikel bleiben; sie enthielten wertvolle Verheißungen, welche ausgeführt werden müßten. Das Wort ist an sich nicht neu. Louis Philipp hat schon den Satz ausgesprochen: La charte une verité. (Die Verfassung eine Wahrheit) und es ist Ihnen bekannt, wie dieser Orleans während achtzehn Jahren bemüht gewesen ist, diese Verfassung niemals zur Wahrheit kommen zu lassen. Aber ich frage, woher auf einmal diese Sorgfalt für die Ausführung der Artikel der Reichsverfassung, nachdem wir in der preussischen Verfassung so viel geschriebene Verheißungen haben, die niemals ausgeführt worden sind? Ich habe sogar den Eindruck nach den letzten Jahren, als sollten diese Verheißungen der preussischen Verfassung dadurch zur Ausführung kommen, daß ein Artikel derselben nach dem andern abrotirt wird. (Sehr wahr! im Centrum.) Bei dieser Gelegenheit nun, m. H., versicherte der Herr Abgeordnete Vastor, und zwar, ich muß sagen, mit einem Eifer, auf den Fürsten Bismarck, der mich lebhaft an die Verhandlungen des römischen Senats zu den Zeiten des Kaisers Tiberius erinnerte. (Gelächter. Auf: Sehr wahr.), der Herr Ministerpräsident Fürst Bismarck habe aus der liberalen Partei viele Kraft gezogen, dagegen — nun kam also der Gegenfag, und ich erwartete darauf, der Herr Abgeordnete würde sagen: dagegen habe Fürst Bismarck der liberalen Partei alle Kraft entzogen, oder er würde sagen, dagegen schöpfe nun die liberale Partei ihre Kraft aus dem Fürsten Bismarck — nein, der Gegenfag lautete dahin: dagegen erkenne er an, daß Fürst Bismarck zwei starke Schultern habe u. s. w., die sich unter den Wagen stemmen. (Weiterleut.) Ja, m. H., es ist doch zu beachten, daß noch zwei andere auch recht starke Schultern fortan fehlen, die für die Beurtheilung dieser Frage, soweit Personen dabei in Betracht kommen können, nicht ganz gleichgültig waren. Es sind die Schultern des

abgetretenen M — und er hat heit — (Weiter sters Delbrück aus irgend ein ist selbstverständl ten Aeußerung, daß, wer etwas ihn der Lüge rung hier einfl Minister Delbrück abgegangen ist, gesuch um eine Verhandlungen Sache für den durch die Erstst hers Delbrück sind zwar, er kommen; ich n befristigen wer man nicht behen ich gehört haben, und ich unter denen von einem ber so thue ich i punkt, denn id Reiche aufgebe will Ihnen au darin, daß mi hinreichende C der monarchisch tionellen Seite bis jetzt nur f ausgefallt ist Reichskanzlers die Gefahr de ja noch vor K Fürst Bismar hat, den Für Deutschlands

Also ich i mich ist es ab wie auch jeht gesehen wür nominell vera antwortlich. Heer der Be Druck, der ge freile durch d Reiche aus be nung, auf di Belohnung für Gefinnungstil Eisenbahntari ich glaube es solche Gewalt v Barnbiller die Frage der Frage v. rquie ihm auch zu, müssen vera verantwortlic dagnen an de andern Gesi Bedenken tra das Reich zu Verantwortlic uns mit der was schwach minifier und denken, beson m. H., bei d Wendet r so sagt er m überleben u Verantwortl Abg. Richter gemacht, wo wie viel Bes aber m. H., liegen gebiet Ich behaupte, bei uns noch tikel 61 der ist; aber ich vor allen D Majorität ge nach der Se wird in und zu schaffen, und, m. H., gehört und i führung die was der M sacht zu sage müße, was die Praxis i unverantwort Ich reumirte Vorlage, w nicht daß de v-rmerke si politischer F Vaterland i unter keinen übertragen i sei, die Ma H., an Sie

Frucht — Radel d.

dem Cardinal kam
den griechischen
Unterhandlungen
olischen Erzbischofs
bisher Schwierig-
n dem im Na-
die Versicherung,
em in freundschaft-

h. Vater 1500
eine Adress, in
gegenwärtige Be-
für die Stand-
ja seiner Antwort
die Gesellschaft
seiner Frömi-
gkeit und
für den Bilger-
er sprach er von
dante Gott für
lehte ihn an, den
erleihen, um aus-

er hl. Vater den
Fürsten Bismarck
gen. — Cardinal
besser.

des Minister-
legierten bezüglich
hat, wird eine
mit gleichem
Wales und dem
Carl's III. ver-
tica' würde Kö-
nehmen.

höchst eigentüm-
in der Türkei,
stern Sohnes des
ottomanischen
Man schreibt
Behandlung sei-
Vergiftung ver-

Erzerum hat
nungen der Re-
die verweigert
ggendienste. Das
widerständiger
worden und der
um sich.

elegraphirt: Die
zum Rhodope-
nd nimmt eine
was an Trup-
Adrianopol.

relemer-Mist
m 29. April

auch eine emi-
em Herrn Ab-
betont worden.
merlungen be-
nen überhaupt,
enn alle Eisen-
schalt Ihnen
Bundesstaaten,
Staaten überall
all diese
ndelt auf den
h.) Es haben
te Vasker und
agt, es stän-
ng, und die
ie enthielten
erben müßten.
ipp hat schon
agt, (Die Ver-
nt, wie dieser
eßen ist, diese
lassen. Aber
r die Ausfüh-
m wir in der
eifungen ha-
be sogar
habe diese Ver-
zur Ausfüh-
dem andern
bei dieser Ge-
ordnete Las-
nuss auf den
verhandlungen
des Liberius
er Herr Mini-
eralen Partei
der Gegenab-
würde sagen:
te alle Kraft
mun die libe-
ard — nein,
er an, daß
w, die sich
m. S., es ist
recht starke
eileung dieser
men können,
Schultern des

abgetretenen Ministers Delbrück. Es hat der Fürst Bismarck — und er hat hier amtlich gesprochen, also in voller Wahr- heit — (Heiterkeit) uns gesagt, daß der Rücktritt des Mini- sters Delbrück lediglich aus Gesundheitsrücksichten, keinesfalls aus irgend einem Differenzgrunde hervorgegangen wäre. Es ist selbstverständlich, daß gegenüber dieser positiven, bestimmten Aeußerung, die noch mit der Drohung begleitet war, daß, wer etwas Anderes behaupte, entweder selber läge oder ihn der Lüge beschuldige, eine abweichende Meinungsäuße- rung hier entfällt. Aber das darf ich doch sagen, wenn der Minister Delbrück, der, da er nur aus Gesundheitsrücksichten abgegangen ist, sich hätte entschließen können, sein Abschieds- gesuch um einen Monat oder 14 Tage oder während dieser Verhandlungen noch auszuschieben, so glaube ich, wäre der Sache für den Fürsten Bismarck mehr gebietend gewesen, als durch die Erklärung, die derselbe für den Abgang des Mini- sters Delbrück hier abgegeben hat. (Sehr richtig!) Man sind zwar, wie es heißt, zwei neue Schultern in Aussicht ge- nommen; ich weiß nicht, ob die betreffenden Nachrichten sich bestätigen werden; daß diese Schultern Jünon tragen, kann man nicht behaupten, aber wenn es diejenigen sind, von de- nen ich gehört habe, so tragen sie die norddeutschen Eisen- bahnen, und ich glaube, daß ich schon ein ziemlicher Karren, unter denen zwei starke Schultern gehören. Wenn ich nun von einem berechtigten Widerstand der Bundesstaaten spreche, so thue ich das auch hier von meinem preussischen Stand- punkt, denn ich wünsche nicht, daß Preußen noch mehr im Reiche aufstehe, als es bisher schon der Fall gewesen ist, und will Ihnen auch die Gründe dafür sagen. Ich finde sie darin, daß mir die Reichsverfassung nach zwei Seiten keine hinreichende Garantie bietet: nämlich einmal nicht nach der monarchischen Seite und zweitens nicht nach der constitu- tionellen Seite, betreffend die Rechte des Volkes. Ich kann bis jetzt nur finden, daß im deutschen Reiche am kräftigsten ausgegaltet ist die Gewalt des Reichskanzlers und des Reichstanzlers und daß eine weitere Verstärkung derselben die Gefahr der Reichstanzlerwillkür in sich schließt. Es hat ja noch vor Kurzem ein englischer Student, dessen Buch der Fürst Bismarck sehr beliebt und ihm deshalb beglückwünscht hat, den Fürsten Bismarck in diesem Buch den Cromwell Deutschlands genannt. (Hört! Hört! im Centrum.)

Also ich habe nicht zuviel meinerseits behauptet. Für mich ist es aber ein Hauptbedenken, eine so erhebliche Macht, wie auch jetzt wieder mit der Ueberweisung der Eisenbahnen würde, in die Hände eines Mannes zu legen, der nominal verantwortlich ist, in Wirklichkeit aber ganz un- verantwortlich. M. S., und welche Gewalt! Bedenken Sie das Heer der Beamten, die Militärbeamten, bedenken Sie den Druck, der geübt werden kann auf Industrielle und Arbeits- treibe durch die Unternehmungen und Alles, was dann vom Reiche aus bestellt wird; den Druck auf die öffentliche Mei- nung, auf die Wahlen, der möglich ist, die Protection und Belohnung für Gesinnungsgenossen, die Strafe für mangelnde Gesinnungsgenossenschaft, die Einwirkung, welche durch die Eisenbahntarife auf Bölle und Geld zu machen, eine solche Gewalt in eine Hand zu geben. Nun sagt Herr v. Arnim in seiner Broschüre ganz richtig, er wünsche die Frage der verantwortlichen Reichsminister nicht mit dieser Frage verquickt zu sehen, und in dieser Ansicht stimme ich ihm auch zu, d. h. insofern, als ich der Meinung bin, wir müssen verantwortliche Reichsminister — ich meine wirklich verantwortliche — haben (Heiterkeit), mögen nun die Eisen- bahnen an das Reich übergehen oder nicht. Aber von einem anderen Gesichtspunkte aus muß ich doch sagen, daß ich großes Bedenken trage, die preussischen Staatsbahnen auch nur an das Reich zu übertragen und an die Reichsregierung, die der Verantwortlichkeit ermangelte. Ich weiß ja wohl, daß es bei uns mit der realen Verantwortlichkeit der Minister auch et- was schwach bestellt ist, insofern wir haben noch immer Resor- tensminister und je nachdem diese etwas mehr constitutionell denken, bekommen wir ja auch von ihnen Antworten. Aber, m. S., bei dem Reiche ist das etwas Anderes.

Wendet man sich an den verantwortlichen Reichskanzler, so sagt er mit vollem Recht: M. S., Alles kann ich nicht übersehen und verantworten, und wendet man sich an die Verantwortlichkeit der Bundescommissare — nun, der Herr Abg. Richter hat ja die Erklärung in der Budgetcommission gemacht, wo er dem Budgetcommissar gerne auspressen wollte, wie viel Bestände denn das Reich in seinen Kassen habe; aber m. S., er ist vor dem verschleierte Bild von Sais stehen geblieben, er hat Nichts herausbekommen. (Heiterkeit.) Ich bedaure, daß die Verantwortlichkeit der Minister auch bei uns noch nicht zur Wahrheit geworden und daß der Arti- kel 61 der Verfassung noch nicht zur Ausführung gekommen ist; aber ich muß auch hier wieder sagen, die Schuld trifft vor allen Dingen die „liberale“ Partei, die so lange in der Majorität gewesen ist, und für die Ausbildung der Verfassung nach der Seite hin, die Rechte des Volkes freihändig zu ent- wickeln und eine wirkliche Verantwortlichkeit der Regierung zu schaffen, nichts gethan hat. (Sehr gut! im Centrum.) Und, m. S., die Folgen zeigen sich. Wir haben es deutlich gehört und werden es vielleicht noch einmal bei der Aus- führung dieses Gesetzes hören müssen, daß uns gesagt wird, was der Minister Graf Culenburg hier dem Hause ins Ge- sicht zu sagen wagte, daß man in das Gesetz hineinlesen müsse, was nicht darin stand, und daß man das Gesetz durch die Praxis suppliren müsse. Das sind die Folgen, wenn man unverantwortliche Minister hat. (Sehr richtig! im Centrum.) Ich resumire mich dahin, daß ich sage: Ich verwerfe die Vorlage, weil ich sie für wirtschaftlich nachtheilig halte und nicht das damit erreicht wird, was erreicht werden soll; ich verwerfe sie zweitens, weil sie nach meiner Ueberzeugung ein politischer Fehler ist, der das deutsche wie das preussische Vaterland schädigt, und ich verwerfe sie drittens, weil ich unter keinen Umständen nur das Mindeste an das Reich übertragen will, was bei bestehender realer Verantwortlich- keit die Macht des Reichskanzlers noch verstärkt. Aber, m. S., an Sie von der „liberalen“ Partei, die geneigt sind,

dieser Vorlage zuzustimmen, richte ich die Bemerkung: Ge- denken Sie der Wahlen! (Oho links.) Sie stehen im Be- griff, einer Vorlage zuzustimmen, über deren Consequenzen das Volk einmal mit Ihnen abrechnen wird und abrechnen muß. Damit schliesse ich. (Bravo! im Centrum.)

Rheinland-Westfalen.

Neuß, 9. Mai. Da während der Zeit vom 9. bis 20. Mai und vom 23. Mai bis 3. Juni d. J. das hier zusam- mentretende Landwehr-Bataillon Schießübungen auf dem Schießstande im Nordkanal abhalten wird, so sei hiermit das Publikum vor dem Betreten des zwischen Neuß und Grim- linghausen belegenen Nordkanal-Terrains während des Schie- ßens gewarnt.

Neuß, 9. Mai. Nach den Bestimmungen der neuen jetzt erschienenen Tel.-graphen-Betriebsordnung findet eine Portozahlung für brieflich weiter zu befördernde Telegramme an die Post-Anstalten nicht mehr statt. Derartige Tele- gramme sind vielmehr von der betreffenden Telegraphen- Anstalt in der Regel als einzuschreibende und bei der Be- stimmungs-Postanstalt durch Eilboten zu bestellende Briefe einzuliefern. Die Eilbestellbezirke der Be- stimmungs-Postanstalt soll kostenfrei erfolgen, während n ch dem Landbestellbezirke das verordnungsmäßige Eilbestellgeld von den Empfängern einzuzahlen ist.

Neuß, 10. Mai. Am 7. d. M. wurde im Rheinstrom bei Uebersheim ein Spieghirsch gefangen; derselbe war von Hiden und Himmelsgestirnen verfolgt, durch den Rhein ge- schwommen und nahm, dießfalls ebenfalls verfolgt, den Rück- weg durch den Rhein, woselbst derselbe ermattet, von Fischern gefangen wurde; da die Jagd auf dem Rheine fiskalisch, und nur für niederes Wild verpachtet ist, mußte der angehende König des Waldes auf Reclamation des Königl. Oberförsters den Forstbeamten ausgeliefert werden.

Grevenbroich, 9. Mai. Die königliche Regierung zu Düsseldorf hat, laut der „Grevenbr. Ztg.“, das dem Herrn Dr. juris Bier mittelst Verfügung vom 13. Juli v. J. er- theilte Commissariat zur einstweiligen Verwaltung der Bürger- meisterei Grevenbroich und Gultorf wieder zurückgezogen und wird Herr Dr. Bier mit dem 1. Juni c. die Verwaltung an seinen noch nicht bekannten Nachfolger abgeben.

Düsseldorf, 8. Mai. Das hiesige Amtsblatt bringt fol- gende Mittheilung der königl. Regierung: In Verfolg un- serer Bekanntmachung vom 3. April 1876, betreffend die Errichtung einer altkatholischen Barocke Düsseldorf, bringen wir zur öffentlichen Kenntniß, daß der Geistliche Paul Ro- man Weidinger zum Pfarrar der Gemeinde durch dei- tath. Bischof Joh. Hub. Reinkens definitiv ernannt worden ist.

Quadrach, 8. Mai. In der verflochtenen Nacht brach, laut der „Qld. Ztg.“, in der benachbarten Ortschaft Wind- berg Feuer aus, wobei leider vier Häuser in Schutt gelegt wurden.

Wesel, 4. Mai. Nach einer von dem commissarischen Landrath unseres Kreises, Hrn. Dr. Ruhle hier: selbst soeben veröffentlichten Bekanntmachung hat nach Entscheidung des Cultusministers die Niederlassung der Armen Dienstmägde Jesu Christi zu Wesen bei Nees die bisher neben der Krankenpflege geübte Pflege von Waisenkindern am 1. Oc- tober c. einzustellen. Die betreffende Bekanntmachung bringt außerdem einen ministeriellen Bescheid, daß die Frist zur Aufhebung der von den Schwestern vom h. Kreuz geleiteten Kinder-Verwahr-Anstalt zu Nees, welche mit dem Maria-Jo- hanna-Hospitale daselbst verbunden ist, bis zum 1. April 1877 verlängert ist. — Gestern Nachmittag tagte hiersebst unter dem Vorsitze des Herrn Superintendenten Odenhoff aus Nees eine zahlreich besuchte Versammlung von Delegirten der Presbyterien des Kreises Nees, in welcher die jetzt viel- fach ventilirte Frage über Einführung von Simultan-Schulen verhandelt wurde. Ein der Versammlung unterbreiteter Ent- wurf zu einer Eingabe an das königliche Ministerium, welcher sich in eingehender Weise gegen die Errichtung von Simultan- Schulen und für Beibehaltung der confessionellen Schulen ausspricht, fand fast ungeheißene Zustimmung aller Anwesenden, und es wurde beschlossen, die Vorlage an zuständige Stelle zu überreichen.

Oberlahnstein, 6. Mai. Vor circa 4 Wochen wurde ein 14jähriger Junge beim Fischen im Rheine von einem Hunde gebissen. Trotz der sofort nachgeschickten ärztlichen Hilfe ist gestern bei dem Jungen in Folge des Hundebisses die Toll- muth eingetreten. Da man befürchtet, daß der Hund auch mehrere Hunde gebissen hat, so ist die Hundesperre auf 6 Wochen angeordnet worden.

Ruhrort, 6. Mai. Wie die „Ruhr. Ztg.“ hört, wer- den demnächst wiederum ca. 20 Schwestern aus dem Kloster Unserer Lieben Frau zu Coesfeld, von denen zwei früher hier in Ruhrort thätig waren, die Reise über den Ocean antreten, um in Amerika ein neues Bild der Wirklichkeit zu finden.

Essen, 6. Mai. Es ist unserer Polizei gelungen, so be- richtet die „Ess. Ztg.“, einer Diebes- und Hehlereibande auf die Spur zu kommen, welche schon seit ca. 10 Jahren hier ihr Unwesen treibt. In jüngster Zeit gewahrte man auf der Krupp'schen Fabrik, daß viele schwere Messinggegenstände verschwunden waren. Es wurden zwei in Veracht stehende Arbeiter beobachtet und gelang es auch, dieselben auf frischer That zu ertappen. Die beiden Diebe gestanden nun, daß sie bereits 10 Jahre lang allmonatlich eine Quantität von 30–40 Pfd. gestohlen und durch einen Dienstmann bei dem hiesigen Trödler B. S. verkauft haben. Ferner stellte sich heraus, daß die Diebe einen Messingblock im Werthe von 40 Thlr. für 2 Thlr. veräußerten. Beide Diebe, der Dienstmann und der Altkrüder, sitzen bereits hinter Schloß und Riegel.

Werden, 7. Mai. Seit dem 1. d. steht über der Thüre der hiesigen Kaplanei der preussische Adler. Es hat näm- lich außer einem bereits früher eingezogenen Strafanstalts- beamten jetzt auch ein Steuerempfänger seine Wohnung in derselben genommen.

St. Goar, 8. Mai. Der Gang auf den beiden dies-

seitigen fiskalischen Salmwaagen Werb und Klobt während des verflochtenen Monats April hat ein Resultat ergeben, welches bis jetzt noch nicht dagewesen ist. Es wurden 380 Salmen mit einem Gesamtgewicht von 8096 Pfund gefangen, im Durchschnitt wog also ein Salm etwas über 20 Pfund. Der höchste Preis betrug 2 M. 58 Pf. und der niedrigste 84 Pf. pro Pfund, so daß Fiscus und Fischer ein ganz gutes Geschäft gemacht haben.

Trier, 8. Mai. Am 1. Mai waren, laut der „Kobl. Volksztg.“, in der Diocese Trier, incl. der gesperrten „Succursus“-Pfarreien, im Ganzen 113 Pfarreien vacant.

Aus der hohen Eifel, 4. Mai. Dem „Paul. - Bl.“ wird berichtet:

„Am 29. April fand in der Pfarrei Hahnd ein feier- liches Laienbegräbniß statt. Es waren zwei Männer gestor- ben, denen der Herr „Staatspastor“ Rolles das kirchliche Begräbniß versagte, weil sie nicht bei ihm ihre Oftern ge- halten hatten. Wie aber die Katholiken hiesiger Pfarrei auf die Spendung der heil. Oftercommunion durch Herrn Rolles gerne verzichteten und dieselbe in Nachbapfarreien empfangen, so verzichteten sie in diesem Falle auch auf die Begleitung der Leichen durch den Staatspastor. Die Beer- digung fand unter großer Theilnahme der Pfarreinder von Hahnd und Hahnd statt, welche die Einsegnung des Gra- bes selbst vornahmen und die üblichen Gebete verrichteten. Es ist dies jedenfalls eine neue Art „kirchlicher“ Strafe: die Verweigerung des kirchlichen Begräbnisses pflichttreuer an ihrer Kirche festhaltenden Katholiken seitens eines Staats- geistlichen. Doch die Katholiken beruhigen sich vollkommen darüber, denn sie wollen einmal Nichts von den Staatspfar- rern wissen.“

Langenberg, 8. Mai. Vor Kurzem entspann sich auf der Chaussee zwischen Hattingen und Langenberg zwischen jungen Leuten, welche aus Hattingen von der Musterung in angetrunkenem Zustande heimkehrten, und zwei Handwerks- burischen, angeblich Dachdeckern, welche von Elberfeld kom- mend, nach Hattingen wollten, Streit. Dieser endete damit, daß einer der beiden Handwerksburischen erstochen wurde, so daß er auf der Stelle liegen blieb. Der andere, obgleich durch zahlreiche Stiche verwundet, vermochte sich noch bis zum nächsten Wirthshause zu schleppen und dort Anzeige zu machen.

Dortmund, 5. Mai. Im „Westf. Merc.“ liest man: „In der Gegend von Dortmund, Essen, Witten u. kreiden sich Schwindler umher, die Namens eines Provinzial-Wai- senhauses zu Coesfeld Geschäfte zu machen vorgeben. Es diene zur Kunde, daß 1. eine solche Anstalt nicht besteht, 2. daß die dortige Anstalt für Waisen- und verwahrloste Mäd- chen keinerlei Geschäfte macht. Die Schwindler geben vor, das Waisenhaus könne seine Jüglinge nicht ernähren, deshalb verkaufe es durch die Vertreter Leinen u. d. Der Betrag wird pränumerando genommen. Die Lieferung erfolgt natürlich nicht.“

Arnsberg, 5. Mai. Immer die alte Geschichte. Vor einigen Tagen bezog ein elegant gekleideter Herr in einem Privathause eine Wohnung; derselbe gab sich für einen Sohn des Grafen Jhenplich aus, demzufolge kam man ihm auf- merksam entgegen. Der Herr Jhenplich ließ sich sofort neue elegante Stiefel machen, kaufte sich mehrere feine Faltenthem- den, Handschuhe, bei einem Uhrmacher eine goldene Uhr, sein Hauswirth ließ ihm sogar noch baare Geld. Aber, schon nach wenigen Tagen seines Hierseins fand es Herr Jhenplich für rathsam, unsere an Beamten reiche Stadt mit einer sichereren Stätte zu vertauschen, und so war denn am Montag Abend der Pseudo-Jhenplich mit einem Male ver- schwunden, und diejenigen, welche ihm bereitwillig geborgt hatten, sahen ein, daß sie ein Schwindler betrogen hat.

Reintrop, 6. Mai. Gestern Mittag hatte, wie die „Ess. Ztg.“ berichtet, das 6jährige Söhnchen des Bergman- nes Hante das Unglück, als es nach Beendigung des Mor- genunterrichts aus der Schule nach Hause gehen wollte, auf dem Bahnübergange beim Knümann'schen Hofe unter die Räder einer losen Maschine zu geraten. Das Kind wurde dermaßen überfahren, daß bald nachher der Tod eintrat. Wie es heißt, war der arme Kleine gestern zum ersten Male zur Schule gegangen. Den gerechten Schmerz der Eltern kann man sich vorstellen.

Wadersloh, 4. Mai. In dem schwarzen Rassen an unserm Kirchbuhme ist folgende Bekanntmachung angeheftet: „Der Caplan Brüggemann in Wadersloh ist durch Erkennt- niß des königlichen Appellationsgerichtes zu Münster vom 17. Februar d. J. wegen unbefugter Vornahme einer Amtshand- lung (einer Trauung) in dem erledigten Pfarramte zu Wa- dersloh rechtskräftig zu einer Geldstrafe von 3 M., evnt. ein- tägiger Haft verurtheilt worden. Es wird dieses in Gemä- ßheit des Art. 6 des Gesetzes vom 21. Mai 1874 mit dem Bemerken zur Kenntniß der Pargemeinde Wadersloh ge- bracht, daß nach Art. 4 und 8 desselben Gesetzes wegen Mangel eines Präsentationsberechtigten das Recht auf Wie- derbesetzung der erledigten Pfarrstelle nunmehr der gedachten Pargemeinde zusteht. Sobald ein bezüglicher Antrag von mindestens zehn Großjährigen, im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte befindlichen männlichen Gemeindegliedern, welche nicht einem mitwählenden Familienhaupte untergeordnet sind, bei mir gestellt werden wird, werde ich die Gemeindegli- edler zur Beschlußfassung über die Wiederbesetzung der Stelle berufen. Bedum, den 26. April 1876. Der Land- rath Schotte.“ Ob sich wohl zehn solche Gemeindeglieder finden werden?

Lippstadt, 6. Mai. Der Erklärung in Betreff der kirchlichen Sendung der Lehrer und Lehrerinnen d. d. Lipp- stadt 10. April d. J. sind auch die unterzeichneten Pfarren des Decanates Rüttgen beigetreten: Adams, Pfarren und Definitor in Callenhardt. Böser, Pfarren in Hainhausen. Dalhoff, Pfarren in Altenrütten. Götchen, Pfarren in Langen- straße. Rüthen, Pfarren in Effeln. Gogrebe, Pfarren in Suttrop. Balenthorn, Pfarren in Hirschberg. Godel, Pfarren in Warstein. Hermann, Pfarren in Mülheim. Es haben sich, so viel wir nach dem Schematismus für die Diocese Paderborn feststellen können, die Decanate Paderborn, Wrr-

Fruchtpreise zu Neuß vom 11. Mai Weizen 1. Qu. 22.80, 2. Qu. 21.80, Roggen 1. Qu. 16.80, 2. Qu. 15.60, Sommergerste —, Wintergerste —, Buchweizen 17.40, 2. Qu. —, Hafer 18.90, Kartoffeln 6.00, Ger. 9.00, Roggenstroh 7.50, Weizenstroh 8.50, (Alles per 100 Rthl.) Kleien p. 50 Rthl. 5.60 — Rüböl p. 100 Rthl. in Part. v. 100 C. 69.00, do. fro. schw. 71.00, Rapsöl p. 100 Rthl. 16.50, Ger. del. 3 Rthl. höher als Rüböl, Branntwein p. 100 Rthl. 50 Proc. 40.00

burg, Gesele, Attenborn und Rütgen mit sämtlichen Pfarrern der Erklärung angeschlossen; aus den Decanaten Nebelbach, Soest, Hamm hat eine größere Anzahl Pfarrer unterzeichnet. Aus allen andern Decanaten sind einzelne, im Ganzen aus der Diocese Paderborn: 95 Pfarrer beigetreten. Man schreibt uns aber, daß in mehreren Decanaten gemeinschaftliche Beitrittserklärungen vorbereitet werden. Es steht zu hoffen, daß alle Pfarrer der beiden Diocesen Münster und Paderborn, wie sie ohne Zweifel dieselbe Gesinnung haben, so auch nicht anstehen, denselben offenen Ausdruck zu geben.

Münster, 5. Mai. Wir lesen im „W. M.“: Der Domchordirector Friedrich Schmidt und sein Domchor haben durch die Neugestaltung der Dinge bei uns schon seit längerer Zeit unfreiwillige Ferien zu erleben gehabt. Die Übungen und Proben für den Domchor finden schon seit langen Jahren (seit 1866) in einem Saale des bischöflichen Museums am Domplatz statt, für dessen Benutzung, wie die noch vorhandenen Quittungen documentiren, eine jährliche bestimmte Mietzsumme entrichtet wurde. Dem bis dahin stillschweigenden, ungeschriebenen Contracte folgte unterm 30. Juni 1875 ein förmlicher Mietz-Vertrag zwischen dem Generalvicar Dr. Wiese, als Vertreter des bischöflichen Stuhles, und dem Domchordirector Schmidt, wonach letzterem das betreffende Local auf fernere zehn Jahre gegen Entrichtung eines bestimmten Mietzsummes vermiehet wird. Dieser Vertrag wird nun vom Ober-Bergrath Gebite nicht anerkannt und demgemäß dem Domchor die Benutzung des Saales zu Übungen und Proben nicht mehr gestattet. Wie wir vernehmen, ist Herr Schmidt gegen Herrn Gebite klagbar geworden.

Vermischtes.

Am Dienstag Nachmittag, zwischen 1—2 Uhr, kam ein junger Mann in ein Hotel garni der Stralauerstraße in Berlin und bestellte daselbst ein Zimmer nach dem Hofe und Schreibentzügen. Nachdem ihm ein solches Zimmer angewiesen war, wünschte er nicht gestört zu werden, da er sich von der Reise ausruhen wolle. Nicht lange befand sich der Gast in seinem Zimmer, als aus demselben ein Schuß ertönte. Die Hausleute eilten hinzu, erbrachen die Thür des Zimmers und fanden den Gast auf dem Boden liegend, den Revolver in der Hand, mit einem Schuß durch den Kopf. Die Wirtin, welche sich erinnerte, daß der Fremde ausdrücklich Schreibentzügen bestellt hatte, glaubte auf dem Tisch nähere Mittheilung über die Persönlichkeit des Selbstmörders zu finden. Aber weder auf dem Tisch noch einer anderen ersichtlichen Stelle befand sich eine schriftliche Mittheilung. Nach längerem Suchen fand man im Ofen einen zerfetzten, angefangenen Brief des Unglücklichen an seine Mutter und die Adresse derselben. Der Unglückliche ist der Sohn des Kaufmanns A. zu Magdeburg und scheint direct nach Berlin gereist zu sein, um sein unglückliches Vorhaben auszuführen.

Ueber die Untauglichkeit der Nickelmünzen meldet aus Götting die dortige „N. Ztg.“: „Es sind in neuerer Zeit häufig Fälle vorgekommen, daß Nickelmünzen vollständig zerbröckeln. In unserer Expedition ist ein Reihnienstück zu sehen, welches ohne Anwendung von Gewalt in sechs Stücke zerbrochen ist, die sich leicht noch weiter zertheilen. Das Metall scheint den inneren Zusammenhang gänzlich verloren zu haben. Sachverständige erklären, daß die mangelhafte Legirung daran Schuld sei.“ Herr Hamburger, wie ist's mit dem Nickel?

Handels-Nachrichten.

Köln, 9. Mai. (Amtl. Notierungen der Handelsmaller.) Weizen unverändert, hies. eff. M. 22.00—23.00 B., fremder 20.60—21.50 B., per Mai — bz., 20.60 B., 20.55 B., per Juli — bz., 21.00 B., 2. 95 B., per Nov. 21.75 B., 21.70 B. Roggen unverändert, hies. eff. M. 16.00—17.00 B., fremder 15.50—18.00 B., per Mai mit Gewicht von 69 Pfd. per 50 Piter — bz., 15.15 B., 15.10 B., per Juli — bz., 15.25 B., 15.20 B., per Nov. 15.70 B., 15.65 B. Hafer unverändert, ohne Saft per 100 Kilo mit Gewicht von 42 Pfd. per 50 Piter per Mai — bz., 18.00 B., 17.95 B., per Juli 17.10 B., 17.05 B. Kübel fester, per 60 Kilo mit Saft in Eisen, eff. in Partien von 100 Ctr. M. 34.00 B., per Mai 33.70—80 B., 33.80 B., 33.70 B., per Oct. 33.70—60—50 B., 33.60 B., 33.50 B. (Landmarkt.) Weizen M. 22.10—22.80; Roggen 15.75—16.75; Gerste —; Hafer 18.60—19.25; bezahlt nach Qualität pro 210 Pfd. Zufuhren unbedeutend.

Köln, 9. Mai. (Victoria-Notizen.) Butter per Pfd. 1.35. Eier per Viertel 1.30. Enten per St. 2.20. Gänse pr. St. 0.30. Hühner per Paar 3.40. Truthahn pr. St. 9.00. Hühner per Stück 0.40. Fäher per Stück 1.50. Tauben pr. B. 1.00 Pfg. Schienfleisch 0.60 Hammelfleisch 0.70. Kalbfleisch 0.60. Speck geräucherter 0.90 dito gefäzter 0.90. Kartoffeln weiße per 100 Pfd 4.00 M. do. rote M. 4.00.

Frankfurt, 9. Mai. Weizen beste Qual. alter per 100 Kilo. 22.—, mittlere 21.00, leichte —. Roggen beste Qual. 16.75, mittlere 16.25, Gerste beste 22.50, mittlere 21.50, leichte Sorte 18.00 Hafer schwere 19.50, mittlere 19.00, Stroß (Alles per 200 Pfd.) 3.80. Hafer per 1000 Pfd. 5.80. Mühlisch per Pfd. 54. Schweinefleisch —. Gammelfleisch —. Speck —. Butter 1.35. Eier 60 Stück 4.40. Dänen, 9. Mai. Weizen 1. Qual. M. 22.23, 2. Qual. 21.16 per 200 Pfd. Roggen 1. Qual. M. 16.87, 2. Qual. 15.56, per 200 Pfd. Hafer M. 19.08 per 200 Pfd. Gerste M. 17.—, per 100 Kilo. Buchweizen M. 16.50.

Berlin, 9. Mai. Weizen per Mai-Juni M. 206.00 bz. Roggen per Mai-Juni M. 153.00 bz. Hafer per Mai-Juni M. 164.50 bz. per Herbst 157.50. Mühlisch loco M. 64.00 bz., per Markt-Mai 64.50, bz., per Herbst 64.20 bz. Spiritus loco ohne Saft M. 47.50 bz. Mai-Juni 47.50 bz., Aug.-Sept. 49.50 bz. Breslau, 8. Mai. Spiritus per 100 Liter 100% per Mai Juni 45.60, per Juni-Juli 46.50, August-Sept. 48.00. Weizen per Mai 192.00, Roggen per Mai 152.00, per Mai-Juni 150.00, per Sept.-Okt. 153.00. Mühlisch per Mai 63.00 per Mai-Juni 63.50, Sept.-Okt. 62.00 M. Magdeburg, 8. Mai. Weizen 195—225 M., Roggen 162

—180 M., Gerste 165—210 M., Hafer 180—195 M. per 1000 Kilo. Kartoffelspiritus. Socopaare höher. Termine fester. Loco ohne Saft M. 47, ab Bahn 47.8 bz., per Mai und Mai-Juni 48, per Juni-Juli 49, per Juli-Aug. 50, 1. er Aug.-Sept. 51, Sept. 50, M. per 10,000 Pst. mit Nebenabnahme der Gebinde zu 4 M. Rübenzucker höher, loco 44.5 M.

Antwerpen, 9. Mai. Raffin. Biscuitum flü. blauß bis. 118. 27 1/2 bz., 27 1/2 Br., Mai 27 bz., u. Br., Sept. 29 1/2 Br., Sept.-Dec. 30 Br., Jan-April 30 Br., — Amerik. Speck fest, lang. 118. 182—183 port. hier. 188. Rara Köln 123.25

Paris, 9. Mai. Mühlisch per Mai 80.50, Juli-Aug. 81.50, Sept.-Dec. 83.00, Jan-April 84.00. Spiritus per Mai 48.—, Juli-Aug. 48.50. Raffin. weißer bisp. No. 3 per Mai 63.00, Oct.-Jan. 64.00. Mehl —. Weizen per Mai 62.50, Juni 63.00, Juli-August 61.25, Sept.-Dec. 65.50. Weizen per Mai 28.50, Juni 29.00, Juli-Aug. 29.50, Sept.-Dec. 30.25. Roggen per Mai 18.50, Juni 19.00, Juli-August 19.—, Sept.-Dec. 19.50.

Amst., 9. Mai. Rindfleisch loco 11 1/2, per Mai-Aug. 22—1/4, per Sept.-Dec. 22 1/2. Raffin. Cortonöl bisp. 25 1/2, per Mai-Aug. 27 1/4.

Utrecht, 9. Mai. Bauwolle unveränd., Unfas 6000 B. Zufuhr 18000 B. London, 9. Mai. Sympthomende Weizenladungen angekommen, — zum Verkaufe angeboten 18 Cargos.

Viehmärkte.

Düsseldorf, 8. Mai. Die Gesamtmenge des zum diesmaltigen Markte zugebrachten Viehes belief sich auf ca. 1114 Stück tragende und frischmilchende Kühe und Rinder. Das Geschäft war im Allgemeinen ein recht gutes und wurde das aufgetriebene Quantum fast gänzlich bis auf 5 Stück abgesetzt. Fettvieh per 100 Pfd. 63—66 M. Handel lebhaft. Am Schweinemarkt belief sich die Zufuhr auf 822 Stück, wovon junge Ferkel im Alter von 6—8 Wochen mit 4—5.00 M. bezahlt wurden. Ferkel Schweine 18—18 Wochen 37—45 M.; Handel flott. Viehlag gut.

Frankfurt, 8. Mai. Angetrieben: 300 Ochsen, 210 Kühe, 230 Rinder — 100 Hammel. 1. Qual. 65.14 2. Qual. 61.71, Kühe 1. Qual. 54.86 2. Qual. 51.43 Rinder 1. Qual. M. 63.43, 2. Qual. —. Hammel. 1. Qual. M. 64.83, 2. Qual. M. 49.71.

Hamburg, 8. Mai. Der Ochsenhandel war unbedeutend. Beste Waare bedang 58—64 flauere bis 45 M. herunter. Marktbestand 1523 St., von denen 204 Stück Rest blieben. Für England wurden 250 St. für den Rhein 180 St. getauft. Am Markt befanden sich 7500 Hammel, von denen 750 St. unterkauft blieben.

Berlin, 8. Mai. Zum Verkauf standen: 2437 Rinder, 4752 Schweine, 1232 Rinder u. 1936 Hammel. Das Geschäft in Rindvieh war ruhig. Es wurde bezahlt: für beste Waare M. 16—57, 2. Qual. 46—48, 3. Qual. 30—33. Auch in Schweinen war kein sehr günstiges Geschäft. 1. Qual. 59—61, für 2. Qual. 54—56 und 3. Qual. 50—52 M.

Vonkorn, 8. Mai. An den Markt gebracht waren 3700 Stück Hornvieh, 31,000 Schafe, 200 Rinder, 100 Schweine. Bezahlt wurde per Stone von 8 Pfd.: für Ochsenfleisch 41 — d. bis 51. 6d. für Hammelfleisch 41. 6d. bis 61. 8d., für Kalbfleisch 51. — d. bis 61. 4d. Schweinefleisch 41. a. d. bis 51. 4d.

Berlin, 9. Mai. chensberger ist blattes' zufolge trumsfraction u. „Das Haus wartung auszu den Erlaß des einer nähern P werde, daß 1. gewährleisteten obligatorischen nur im Sinne Autorität der werden darf; d fassungs-Urtur daß die betref Unterrichts in den ist, indem Verfassung-U meinung der das Recht der forschung dieses Gesellschaften des Religions-Gesell bar zusetzt; gionsunterricht Kirchenbehörde — Man rungen ist jet gen, das, ing suchung gegen entgültige S eins ausdrück ung festgeste Deutschlands

Codes-Anzeige.
Heute Morgen gegen 10 Uhr verchied nach langjährigem Leiden, vorbereitet durch den Empfang der h. Sakramente, sanft und ergeben in Gottes heiligen Willen unser lieber Sohn, Bruder, Schwager und Onkel
Joh. Vet. vom Kohnen
im Alter von 28 Jahren.
Um stille Theilnahme bitten die trauernden Hinterbliebenen.
Wevelinghoven u. M. Gladbach, den 8. Mai 1876.

Buchen-Stamm-Holz-Verkauf zu Damm.
Für Rechnung Sr. Durchlaucht des Herrn Altes Fürsten Sal.-Reichenscheid-Dyck werden
Mittwoch den 17. Mai 1876, Nachmittags 2 Uhr, zu Damm in dem Wirtshause des Herrn Spelter:
a. 38 Arn. Buchenstämme von 7 bis 30 Fuß Länge ca. 12—28 Zoll Durchmesser,
b. 4 Arn. Eichen-Stämme von 20 bis 40 Fuß Länge ca. 15 Zoll Durchmesser,
alle im Park zu Schloß Dyck lagernd, auf Credit versteigert.
Melchers, Notar.

Peru-Guano,
Mejlonen-Guano, Superphosphat, Ammonial-Superphosphat, Wiesendünger, Chilisalpeter u. Viehsalz stets auf Lager bei
P. H. Dahmen
in Norf.
Ein Schuhmacher-Lehrling ges. von Wimmer, Niederstr. D 40.

Petroleum-Kochapparate, Gärtenmöbel, Kinderwagen, Häckselmachines, Haushaltungsgegenstände.
billigst und in verschiedenen Größen,
W. Helkenberg & Co.
Nähmaschinen
(Frister & Rohmann)
zu Fabrikpreisen.
W. Helkenberg & Co.

Beste Striermarker, sowie Gussstahl-Sensen und Eisen, unter Garantie der Echtheit, amerikanische Dünger- und Heugabeln mit und ohne Stiele billigt bei
Gebr. Brings,
Oberstraße, Neuf.
Regeln und Kugeln
auf Garantie stets vorrätzig. Gleichzeitig empfehle eine schöne Auswahl in Pfeifen, Stöcken u. s. w., wie alle in dies Fach einschlagende Artikel.
Jos. Kaufmann.
Fortwährend
Wannmühlen
vorrätzig bei Subert Oker in Grimlinghausen.
Eine große Scheune ganz oder theilweise zu vermieten.
W. f. d. E.

Concert in Wevelinghoven für die durch Ueberschwemmung Beschädigten.
Am Sonntag den 14. Mai c. veranstaltet der hiesige Männergesangs-Verein „Cäcilia“ im Doppelnischen Saale unter gest. Mitwirkung des Herrn Concertmeisters **Hilgers** aus Düren und geschätzter Dilettanten ein
Concert.
PROGRAMM.
I. Theil.
1. Ouverture für Clavier. Die lustigen Weiber von Windsor, von Nicolai.
2. (Schottischer Vardenchor, Silber's Sammlung.
3. Der Gesang, Chor von Häfer.
4. F-Dur-Sonate für Clavier und Violine von Beethoven.
5. Zwei Lieder für Sopran von Schubert.
6. Concert-Phantasie von F. List.
7. Hornist und Musketier von F. Abt.
8. Phantasie-Sonate für Clavier und Fföte von Kuhlén.
II. Theil.
1. Symphonie von Haydn.
2. Zwei Lieder für Sopran von Schumann.
3. Concert-Variation für Violin von de Beriot.
4. Lied für Sopran von Taubert.
5. Solo für Clavier von Mendelssohn.
6. Solo für Fföte von Verdi.
7. Heirathsgesuch von Schaffer.
Anfang 7 Uhr Abends. Entree à Person 1 Mark.
Wevelinghoven. Der Vorstand.

Gesucht
gegen hohen Lohn zum baldigen Eintritt oder am 1. Oct. ein braves, in Küchen- und Hausarbeit erfahrene
Mädchen. Näheres bei der Exp.
Ein Kindermädchen mit guten Zeugnissen auf sofort gesucht.
Düsseldorf, Steinstraße 53.
Ein Dienstmädchen in einer kl. Familie gesucht. D. E. f. w.
Trauben-Brust-Syrup
mit Zingelhonig
in frischer Füllung, die Flasche à 1 und 1 1/2 Mark zu haben bei
A. J. Kamphausen in Neuf.
J. Summersbach
Pub. Wilberg in Grevenbroich.

Neuf-Düsseldorfer Dampfschiff.

Don Neuf:	
Morgens 6 Uhr 30 Min.	
(Sonntags 8 Uhr 10 Minuten)	
Nachmittags 12	45 "
" 2	25 "
" 4	20 "
" 6	20 "
Don Düsseldorf:	
Morgens 9	30 "
11	30 "
Nachmittags 1	30 "
" 3	10 "
" 5	10 "
" 7	10 "